

# Konzept für Inklusion und Geld für die Innenstadt

Bei der Vorberatung des städtischen Haushalts wurden Anträge der Fraktionen beraten — Große Baustellen und niedrige Schulden

VON CAROLA SCHERBEL

Wenn der städtische Haushalt zur Vorberatung auf der Tagesordnung steht, ist für die Fraktionen die Zeit zur Profilierung gekommen. So standen auch diesmal kurz vor der Verabschiedung des 66,6-Millionen-Euro-Pakets der Stadt Roth einige Anträge von SPD und CSU zur Debatte. Der wirkliche Aufreger aber stand gar nicht auf der Tagesordnung (siehe eigenen Bericht). Der steht jetzt beim nächsten Mal drauf.

ROTH – Der Entwurf für den Etat 2018, den der bisherige Kämmerer Josef Hallschmid noch vorbereitet hatte und den der künftige Kämmerer Robert Feyerlein dem Stadtrat vorstellte, liegt mit gut 66,6 Millionen Euro acht Prozent unter dem des Vorjahres. Sogar deutlich niedriger sind mit 14,9 Millionen Euro die Investitionen angesetzt (im Vorjahr waren es um 8,5 Millionen beziehungsweise 36 Prozent mehr), dafür hat der Verwaltungshaushalt um weitere 5,3 Prozent auf 51,7 Millionen Euro zugelegt.

Die Schwerpunkte in beiden Teilen stellte Feyerlein gut nachvollziehbar vor: Im Verwaltungshaushalt die Haupteinnahmequellen aus Gewerbesteuer und Einkommensteuer (zwei und 16,6 Millionen) und die wichtigsten Ausgabenposten wie Personalkosten, die um 7,5 auf 25,5 Prozent gestiegen sind und 13,1 Millionen Euro ausmachen, die Kreisumlage (die wegen der Steuerkraft von 995 Euro pro Einwohner um eine Million auf 13,3 Millionen Euro klettert) sowie die um zehn Prozent gestiegenen Verwaltungs- und Betriebskosten mit 14,1 Millionen.

Im Vermögenshaushalt, zu dem diesmal lediglich 1,6 Millionen Euro zugeführt werden konnten („die niedrigste Rate seit 2014“), bedient man sich mit 8,8 Millionen Euro aus den Rücklagen, die damit laut Feyerlein dahinschmelzen.

„Große Baustellen“ sind im Wortsinn die an der Anton-Seitz-Schule, wo heuer 3,2 Millionen Euro verbaut werden, und die am Kindergarten Waldstraße mit heuer 930 000 Euro Baukosten. Weitere Sanierungen (von Wohnhäusern, Fassaden, Kläranlage, Bauhof, Gemeinschaftshaus Walleau) oder der Abruch der Stadthalle schlagen ebenfalls zu Buche. Dazu kommen Radwege- und Straßenbau sowie die Brückensanierung in der Friedrich-Wambsganz-Straße.

„Am erfreulichsten“ nannte Feyerlein die Schulden. Sie sind kontinuierlich gesunken, heuer von 2,9 auf 2,7 Millionen Euro – am Jahresende will man bei 108 Euro pro Einwohner angelangt sein. Der Landesschnitt liegt bei 700 Euro.



Der Neubau für die Anton-Seitz-Schule nimmt Gestalt an. Auch in Form der Kosten: Für 2018 stehen 3,2 Millionen Euro im Haushalt, den der Stadtrat jetzt vorberaten hat. Insgesamt kostet der Anbau 10,1 Millionen Euro. Foto: Carola Scherbel

Zum Plan gab es einige Fragen – zu üppigen EDV-Ausgaben, neuen Stadthallenplänen sowie zu der Stelle eines Wirtschaftsförderers (siehe unten), und mancher entdeckte einen Druckfehler auf einer der 459 Seiten.

**ROTH – Als der Rother Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung den Etatentwurf und mehrere Anträge beraten und abgearbeitet hatte (siehe eigenen Bericht), ging es noch einmal richtig zur Sache: Die Stelle eines Wirtschaftsförderers war bisher nie öffentlich diskutiert worden.**

Im Stellenplan des Haushalts versteckte sich mit 48 000 Euro (für ein halbes Jahr) die Stelle für einen städtischen Wirtschaftsförderer, die sei aber nur nicht öffentlich „über die Hintertür“ im Personalausschuss bewilligt worden, kritisierte SPD-Fraktionssprecher Andreas Buckreus. „Das finden wir nicht richtig“, sagte er und kündigte an, dass seine Fraktion dann „wahrscheinlich den gesamten Etat ablehnen muss“, weil es nur die Gesamtabstimmung gebe.

Doch dann ging man zu den Anträgen der Fraktionen über und beschäftigte sich gleich mit dem ersten sehr gründlich: Ein Antrag der SPD auf 100 000 Euro und eine Zehn-Stunden-Stelle für Inklusion erforderte genauere

Erläuterung von Fraktionssprecher Andreas Buckreus. Eine Anlaufstelle im Rathaus mit einem festen Ansprechpartner und ein „Fahrplan“ für die Zukunft sei den Sozialdemokraten wichtig, nicht unbedingt die

## Die „Stabsstelle“ wird doch zum Thema

Auch Siegfried Schwab (Wählergemeinschaft) ging das Procedere „gegen den Strich“. Die Diskussion um diese unbefristete „Stabsstelle“, bis dahin ja noch ohne namentliche Zuordnung, „hat im nicht öffentlichen Teil nichts zu suchen“, hatte er bereits vor Monaten öffentlich kritisiert und damit gegen das Schweigegebot aus der nicht öffentlichen Sitzung verstoßen. Der Stadtrat habe dazu – und zu weiteren Stellen in der Öffentlichkeitsarbeit – keinerlei sachliche Information erhalten.

Ob es denn noch eine Diskussion im Plenum gebe? An ihre Frage im Personalausschuss erinnerte sich

auch Grünen-Rätin Andrea Schindler noch, sie sei damals aber im Unklaren gelassen worden. Und Hauptamtsleiter Stefan Krick gestand ein, dass die Beschlussvorlage damals ein Empfehlungsbefehl sei.

Zwar fügte Krick jetzt an, dass der Antrag einer Fraktion, die Stelle zu streichen, doch genüge: Dann werde erneut über den Punkt diskutiert. Doch schließlich machte der Bürgermeister einen Vorschlag zur Güte: Unmittelbar vor der abschließenden Haushaltsberatung am 27. März werde dieser Punkt noch einmal Teil der öffentlichen Tagesordnung sein, also zur Diskussion stehen. Damit waren alle zufrieden, und die Sitzung konnte nach drei Stunden geschlossen werden. car

zehn Wochenstunden. Beispiele von noch mangelnder Inklusion in der Stadt (barrierefreie Zu- und Eingänge, Behindertentoiletten, Blindenampeln oder Broschüren in leichter Sprache) verband Buckreus mit dem Hinweis, dass das ehrenamtlich arbeitende Rother Inklusionsnetzwerk RHINK bereits überlastet sei.

Stefan Krick, Leiter des Hauptamtes, hielt dem Antrag entgegen, dass die Stadt in Sachen Inklusion zwar „nicht optimal, aber ganz gut aufgestellt ist“. Gebaut würde, wo möglich, immer inklusiv, die Stadt bilde weit über die erforderliche Quote Menschen mit Behinderung aus, und eine Mitarbeiterin im Rathaus sei entsprechend geschult, komme aber wegen eigener Überlastung nicht zu diesen Aufgaben.

Die Entlastung der ehrenamtlichen Inklusionsberater sei wichtig, betonte Elisabeth Bieber (FW), doch zu einer Stelle und einer bestimmten Summe, selbst um das Wort „bis“ relativiert, wollten sich dann nur die sieben SPDler und die beiden FW-Ratsdamen bekennen. Alternativ lautete ein Vorschlag von Bürgermeister Ralph Edelhäuser, das „wichtige Thema“ nicht zur Seite zu schieben. Mit Fachleuten werde die Verwaltung ein Inklusionskonzept für die Stadt erarbeiten, in den nächsten Wochen soll es konkretisiert werden.

Ganz allein blieb die SPD mit ihrem erneuten Antrag, das Geld für den Straßenerhalt auf eine Million Euro aufzustocken. Der Betrag im Haushalt sei heuer bereits von 500 000 auf 700 000 Euro erhöht worden, mehr könne man mangels Personal gar nicht abarbeiten, erklärte Stefan Hofmann für die Bauverwaltung.

Ein Antrag der CSU, der zwar vom März 2017 datiert, aber erst jetzt den Weg ins Plenum fand, wie sich Antragsteller Daniel Matulla wunderte, muss noch ein paar weitere Wochen auf Behandlung warten: „Voll auf Draht“ sei als Slogan nicht mehr zeitgemäß und solle hin zu Freizeit, Gesundheit, Sport und Genießen geändert werden. Dafür aber will man sich zunächst in einem Fachausschuss Zeit zur Diskussion nehmen, und Matulla zog den Antrag zurück.

Sein zweiter Antrag war zwar auch schon ein Jahr alt, habe aber seine Aktualität behalten. Er erhielt – in leicht abgeänderter Form – die Mehrheit der eigenen Fraktion und der Freien Wähler: Eigentlich 100 000 Euro jährlich soll ein Lenkungskreis für die Innenstadtentwicklung bekommen. Den Lenkungskreis wird es nun nicht geben, und der Betrag schrumpft auf 50 000 Euro zusammen. Die aber sollen dann „anlassbezogen“ (Matulla) zur Verfügung stehen.